



Lieferengpässe sind bei künftigen internationalen Krisen nicht auszuschliessen. Spule mit Kupferdraht bei der Firma Von Roll in Breitenbach.

STEFAN DEUBER / KEYSTONE

Kein Bedarf an einer wirtschaftspolitischen «Zeitenwende»

Die Schweizer Wirtschaft trotz geopolitischen Verwerfungen, das darf aber nicht zu Selbstgefälligkeit verleiten. Die Schweiz muss Trends und risikobehaftete Handelsabhängigkeiten im Auge behalten. Gastkommentar von Eric Scheidegger

Unser Land ist fit. Im Länderexamen zur Wirtschaftspolitik stellte die OECD zu Beginn des Jahres fest: «Die Schweiz erwies sich während der Pandemie, der geopolitischen Verwerfungen und der Erschütterungen in den Energiemärkten als resilient. Arbeitslosigkeit und Inflation sind tief, und die Lebensstandards gehören OECD-weit zu den höchsten.» Doch kritische Stimmen warnen vor Selbstgefälligkeit, die Schweiz könnte geopolitische Trends übersehen und Handelsabhängigkeiten unterschätzen. Verpasst die Schweiz vielleicht gar eine wirtschaftspolitische «Zeitenwende», welche die Versorgungssicherheit ins Zentrum stellt?

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) ist dieser Frage nachgegangen und hat alle Güterkategorien analysiert, welche in den Handelsdaten über die Jahre 2001 bis 2021 erfasst sind. Alles in allem sind die Handelsabhängigkeiten überschaubar und betreffen wertmässig weniger als zwei Prozent der Schweizer Warenimporte. Im Bericht des Seco werden 195 Güter mit Abhängigkeiten identifiziert. Die allermeisten sind aber nicht problematisch – etwa Blumen, Regenschirme oder Schaumwein. Solche Produkte gehören weder zu lebensnotwendigen Gütern noch zu Bestandteilen kritischer Infrastruktur der Schweiz.

18 der aufgelisteten Güter können eine gewisse Bedeutsamkeit im Sinne «lebensnotwendiger» Güter aufweisen. Allerdings stammen auch diese Waren immer noch aus verschiedenen Ländern und betreffen unbedeutende Untergruppen (z. B. Haselnüsse oder Branntwein). Weitere 14 Güter könnten als Vorleistungen Bereiche der kritischen Infrastruktur betreffen. Nennenswert sind Laptops primär aus China, welche wertmässig die Hälfte der identifizierten Abhängigkeiten ausmachen. Die Analysen zeigen schliesslich, dass die Schweiz Solarzellen oder Lithium-Batterien trotz hoher globaler Konzentration von vergleichsweise vielen verschiedenen Ländern bezieht. Die Schweizer Volkswirtschaft ist gemessen an den Handelsströmen alles in allem breit diversifiziert.

Engpässe sind bei künftigen internationalen Verwerfungen nicht auszuschliessen. Der Umgang mit Beschaffungsproblemen bleibt aber primär eine Aufgabe der Privatwirtschaft. Die Unternehmen kennen ihre Lieferketten am besten und können ihre Abhängigkeiten sowie deren Risiken differenziert beurteilen. Eine repräsentative Umfrage im Auftrag des Seco hat denn auch gezeigt, dass die Mehrheit der Schweizer Industrieunternehmen bereits Massnahmen zur Stärkung der Resilienz getroffen haben. Dazu gehören eine erhöhte Vorratshaltung oder die regionale und zahlenmässige Diversifikation der Bezugsquellen bei Vorleistungen. An diese Erkenntnisse knüpft die Lieferkettenpolitik des Bundes an. Es gehört zu den Kernaufgaben der wirtschaftlichen Landesversorgung oder der nationalen Strategie zum Schutz kritischer Infrastrukturen, Vulnerabilitäten der internationalen Arbeitsteilung zu erkennen und entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Darüber hinaus erleichtert die Aussenwirtschaftspolitik international tätigen Firmen den Marktzugang zwecks Diversifizierung ihrer betrieblichen Beschaffungsketten. Die Modernisierung des Freihandelsabkommens mit Chile oder neue Abkommen, wie

Unternehmen benötigen auch in schwierigen Zeiten geopolitischer Spannungen keine behördliche Fürsorge.

dasjenige mit Indien, sind auch vor diesem Hintergrund von besonderer Bedeutung.

Schliesslich prüft der Bund gegenwärtig die Beteiligung an neuen internationalen Vorhaben zur Stärkung der Lieferketten. Die Schweiz nimmt an fünf Initiativen bereits teil, wie etwa am Semiconductor Informal Exchange Network (SIEN) der OECD, das ein besseres Monitoring der Lieferketten der Halbleiterindustrie anstrebt.

Unter dem Slogan der «Zeitenwende» wurden in verschiedenen Ländern milliardenschwere Programme staatlicher Industriepolitik ins Leben gerufen. Die von den USA und der EU lancierten Programme segeln nicht nur unter dem Titel der Versorgungssicherheit, sondern auch unter dem ebenso verbreiteten Motto der Dekarbonisierung. Viele Massnahmen sind aus Schweizer Sicht ärgerlich, weil sie wettbewerbsverzerrend wirken. Andere Massnahmen haben positive Effekte auf Unternehmen in der Schweiz, da sie über Subventionen zur Dekarbonisierung neue Absatzmöglichkeiten oder günstigere Beschaffungsmöglichkeiten bieten. Für die Schweizer Gesamtwirtschaft resultiert gemäss Seco-Studien nur ein geringer negativer Nettoeffekt.

Die Schweizer Wirtschaft benötigt auch in schwierigen Zeiten geopolitischer Spannungen keine behördliche Fürsorge. Der Standort Schweiz bleibt erfolgreich, weil die Wirtschaftspolitik im Grundsatz auf selektive Massnahmen verzichtet und auf gute Rahmenbedingungen setzt, die allen zugutekommen. Im Gegensatz zur EU entwickelt sie auch keine administrativ aufwendigen Pflichten für die Unternehmen zur Überwachung ihrer Abhängigkeiten. Wirtschaftspolitische Hausaufgaben gibt es hierzulande aber sehr wohl. Dazu gehören die sichere und kostengünstige Stromversorgung, die nachhaltige Finanzierung des Bundeshaushaltes oder die Eindämmung der administrativen Kosten durch staatliche Regulierungen. Das Erfolgsmodell Schweiz muss nicht neu erfunden werden.

Eric Scheidegger ist Chefökonom des Bundes und stellvertretender Direktor des Seco.

«Man muss Nazi oder Jude sein, um diesen Ort zu mögen», sagte der sowjetische Dichter und Dissident Joseph Brodsky 1979 beim PEN-Kongress in Rio. Das war mehr als ein zynisches Bonmot, denn in Copacabana lebten Ex-Nazis und emigrierte Juden Tür an Tür.

Fünf Jahre später schockierte Brodsky amerikanische Studenten mit der Frage, ob sie lieber im deutschen KZ oder in Stalins Gulag ermordet worden wären. Das war 1984 in Amherst, und die erwartete Antwort blieb aus, denn im Zuge des Historikerstreits war der Vergleich Hitlers mit Stalin tabu, so, als diene er der Entlastung von deutscher Schuld. Dem blutrünstigen Despoten im Kreml aber billigte man mildernde Umstände zu, weil die Oktoberrevolution trotz ihrem Blutzoll und millionenfachen Leid aus einem aufklärerischen Impuls hervorgegangen sei.

Die Wortführer der Debatte zogen daraus den zweifelhaften Schluss, anders als bei Hitler beruhe Stalins Handeln auf rationalem Kalkül, und der Historiker Ernst Nolte wurde ins politische Abseits gestellt, weil er auf der Wesensverwandtschaft der totalitären Systeme beharrte. Dass vergleichen nicht gleichsetzen bedeutet, sondern eine logische Operation, die dem Herausarbeiten des Ähnlichen wie auch des Unähnlichen dient, fiel unter den Tisch.

Joseph Brodsky, aufgewachsen im von der Wehrmacht belagerten Leningrad, 1972 von Breschnew ausgewiesen aus der UdSSR, war damals noch kein Nobelpreisträger, sein umstrittenes Gedicht gegen das Freiheitsstreben der Ukraine war noch nicht geschrieben.

Dass viele Ukrainer nach dem von Stalin befohlenen Hunger-Massenmord an der ukrainischen Bevölkerung, dem Holodomor, Nazideutschland als Befreier begrüsst, ist eine unbestreitbare Tatsache. Doch wer Czeslaw Milosz, André Glucksmann oder Margarete Buber-Neumanns Buch «Als Gefangene bei Stalin und Hitler» gelesen hat,

Antisemitismus ist weder links noch rechts

Judenhass ist kein Auswuchs des Zeitgeistes, sondern ein die politischen Extreme verbindendes zeitloses System. Gastkommentar von Hans Christoph Buch

weiss, dass der Kremlchef auch vor den Nazis in die UdSSR geflüchtete jüdische Kommunisten im Zuge des Hitler-Stalin-Pakts ihren Todfeinden ans Messer lieferte.

Schon vorher hatte er, um Hitler einen Gefallen zu tun, Aussenminister Litwinow abberufen, weil er Jude war. Stalin war Antisemit, und der Judenhass stand als treibende Kraft hinter den Schaulustprozessen der dreissiger Jahre. Er liess nicht nur seinen Erzfeind Trotzki 1940 in Mexiko mit dem Eispickel ermorden, auch Lenins Mitstreiter Sinowjew, Kamenew und Radek, die ebenfalls jüdischer Herkunft waren, sowie viele jüdische Künstler und Schriftsteller fielen dem Terror zum Opfer. Stellvertretend seien hier Isaak Babel und Ossip Mandelstam genannt.

Doch damit nicht genug: Nach Kriegsende liess Stalin jiddische Dichter, die er kurz zuvor als Bot-

schafter guten Willens in die USA entsandt hatte, erschiessen und den genialen Schauspieler Solomon Michaels in einem fingierten Verkehrsunfall töten. Dass all dies kein Zufall war, sondern Absicht, zeigte sich, als er seine Tochter zwang, ihre Verlobung mit einem jüdischen Medizinstudenten zu lösen. Jüdische Ärzte wurden als Staatsfeinde und Verschwörer gebrandmarkt. Gleichzeitig befahl Stalin die Zwangsumsiedlung russischer Juden nach Birobidschan im fernen Osten der Sowjetunion.

Dissidenten wie Brodsky, Sacharow und Soltschenizyn wiesen frühzeitig auf die Synergie menschenverachtender Diktaturen hin, die sich gegenseitig die Bälle zuspielten. Doch was folgt daraus für die Gegenwart? Man könnte das Bündnis Russlands mit China anführen, das Putin den Rücken freihält für den fortgesetzten Überfall auf die Ukraine: Dass beide ein Menschenalter zu-

vor einander am Grenzfluss Ussuri bekriegten, ist heute vergessen. Als Waffen- und Kaderschmiede ist mittlerweile auch Nordkorea zu der unheiligen Allianz gestossen, wie auch Iran, das Israels Existenzrecht negiert.

Neben sunnitischen und schiitischen Antizionisten gab und gibt es Judenhasser von rechts und links, die im Protest gegen den Gaza- und den Libanon-Krieg gemeinsame Sache machen. Dabei greift es zu kurz, im Antisemitismus ein Phänomen des Zeitgeistes zu sehen, der sich in Todesdrohungen, Hakenkreuzschmierereien und Hamas-Verherrlichung austobt. Verbote, Aufklärungskampagnen und Gegendemonstrationen, wie gut gemeint auch immer, sind nur ein Tropfen auf den heissen Stein, denn der Antijudaismus ist so zählebig wie die politische Kultur, die er notorisch bekämpft.

Grosse Europäer wie Sigmund Freud und Thomas Mann haben versucht, den Judenhass zu widerlegen. Doch ihre Gegennarrative, Freuds Buch über Moses und Manns Joseph-Tetralogie, haben nur jene erreicht, die immer schon immun waren gegen Judenhass. Wie jede Verschwörungstheorie appelliert der Antisemitismus ans Unterbewusste und führt alle Übel der Welt auf eine einzige Ursache: die Juden.

Stalin hat Judas im Gespräch mit Lion Feuchtwanger als Prototyp des Verräters bezeichnet. Der Fingerzeig auf Sündenböcke ist einfacher und populärer als ein rationaler Diskurs über komplexe politische und historische Gemengelage, und den Hang zur Schwarz-Weiss-Malerei kann man zwar zurückdrängen, aber nicht ganz aus der Welt schaffen – so wenig wie den gegen Israel, aber auch gegen die Idee des Westens insgesamt gewendeten Terrorismus von Hamas und Hizbullah, der bislang stets in neuer Form wiederauferstanden ist.

Hans Christoph Buch ist Schriftsteller und lebt in Berlin. Sein letztes Buch, «Der Flug um die Lampe», erschien 2024 bei der Frankfurter Verlagsanstalt.